



ZENTRALAUSSCHUSS FÜR DIE BEDIENTETEN DES ÖFFENTLICHEN SICHERHEITSWESENS BEIM
BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERES
1010 Wien, Herrngasse 7, Telefon 01/53126-3484, E-Mail: bmi-za-polizei@bmi.gv.at

BERICHT ÜBER DIE ZENTRALAUSSCHUSSSITZUNG vom 17. und 18.04.2024

(Inhalte auszugsweise und unter Wahrung des Datenschutzes)

Personalmaßnahmen

PLANSTELLENBESETZUNGEN

Es wurden bundesweit 49 Planstellenbesetzungen beschlossen.

Anträge und Antragsbeantwortungen

Anträge

FCG im ZA:

Erlass „EJK – Einsatzgruppe zur Bekämpfung der Jugendkriminalität“; Antrag auf ein Beratungsgespräch

FSG im ZA:

Vordienstzeiten-NEU: Antrag auf sofortige Einleitung der erforderlichen Umsetzungsschritte und unverzügliche Auszahlung der besoldungsrechtlichen Nachverrechnung.

Antrag auf Erhöhung der Speicherkapazität der E-Mail-Postfächer.

AUF im ZA:

Antrag auf detaillierte Informationen über den aktuellen Stand der geplanten Umsetzung der Kriminaldienstreform in der Zentralstelle und in den einzelnen Landespolizeidirektionen.

Antrag auf Umsetzung und erlassmäßige Regelung bereits positiv beantworteter Anträge der AUF/FEG:

1. Fitnessförderung für Bedienstete der Sicherheitsverwaltung
2. Anhebung der Geldaushilfe anlässlich der Geburt eines Kindes

FA Salzburg:

Antrag auf Ausrüstung aller Motorradfahrer/innen mit Airbag-Westen für die Sommersaison 2024 und Ausweitung des Antrages durch den ZA auf das gesamte Bundesgebiet.



FA Steiermark

Antrag auf Information betreffend der Gültigkeit der Richtlinien der behördenübergreifenden E2b-Versetzungen

FA Kärnten:

Antrag auf Schutz der Bediensteten vor Verleumdung.

Antrag auf Änderung des § 78 Urheberrechtsgesetz, Schutz der Kolleginnen und Kollegen wenn sie im Dienst gefilmt oder fotografiert werden

Beide Anträge werden zuständigkeitshalber an die Polizeigewerkschaft weitergeleitet.

Antwortschreiben

BM. I – Antwortschreiben zum Antrag des FA Kärnten betreffend der Diktierfunktion in MS Word:

Derzeit ist die Diktierfunktion in Microsoft Word aufgrund der derzeitigen „No-Cloud-Policy“ (IKT-Strategie) im BAKS unterbunden. Die Richtlinie ist aus dem Sicherheitsaspekt, keine Daten zur weiteren Verarbeitung an einem externen Unternehmen übergeben zu wollen, entstanden. Alternativprodukte, welche keine Cloud-Abhängigkeiten haben, sollen angedacht werden.

BM. I – Antwortschreiben zum ZA-Antrag betreffend Erweiterung der Pflegefreistellung:

Da dieser Antrag auf eine ressortübergreifende, bundesweite Regelung abzielt und eine Gesetzesänderung vorsieht, liegt keine Zuständigkeit vor.

Seit der letzten ordentlichen Sitzung wurden vom Zentralausschuss insgesamt 402 Schriftstücke behandelt.

Schadensfälle

Am 16.04.2024 wurden 125 Schadensfälle durch den zuständigen Unterausschuss verhandelt. Die Ergebnisse wurden den betroffenen Kolleginnen und Kollegen bereits mitgeteilt.

Mit kollegialen Grüßen

Martin HEINZL
Vorsitzender

Hermann GREYLINGER
Vorsitzender Stv.

Reinhold MAIER
Vorsitzender Stv.

